

## Begrüßung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, Sie alle als Vertreterinnen und Vertreter Ihrer jeweiligen Evangelischen Landeskirchen und Katholischen Diözesen unseres Bundeslands hier und heute im Haus der Katholischen Kirche in der Landeshauptstadt Stuttgart zum „ 3. Ökumenischen Strategietag zum Beitrag der Kirchen zur Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg“ willkommen heißen zu dürfen.

Erlaubens Sie mir bitte, dass ich diejenigen eigens begrüße, die im weiteren Verlauf des Vormittags einen eigenen Part übernehmen. Ich heiße in unserer Mitte herzlich willkommen Frau Oberkirchenrätin Karen Hinrichs und Herrn Oberkirchenrat Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht von der Evangelischen Landeskirche in Baden. Aus demselben Landesteil, aber unserem katholischen Nachbarbistum, der Erzdiözese Freiburg nämlich, begrüße ich meinen Kollegen Herrn Domkapitular Dr. Peter Birkhofer, und aus der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Frau Kirchenrätin Dorothee Godel. Besonders herzlich heiße ich den Hauptreferenten des heutigen Vormittags, Herrn Jan Grebe, den Vorsitzenden der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, die nach wie vor in Bonn ihren Sitz hat, willkommen.

Über Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, freue ich mich sehr. Ich bin Ihnen, die Sie zu uns ins Haus der Katholischen Kirche gekommen sind, sehr dankbar, dass Ihnen der heutige Strategietag zum entwicklungspolitischen Beitrag der Kirchen in unserem Bundesland so wichtig ist. Einen besonderen Dank möchte ich daher vorwegschicken an alle, deren Namen Sie in der Einladung lesen konnten, die nämlich auf der einen Seite zur Vorbereitung des heutigen Tages engagiert beigetragen haben und andererseits den fünf Arbeitsgruppen am Nachmittag dankenswerterweise Impulse geben oder sie moderieren werden. Ich bin sehr gespannt darauf, welche Übereinstimmungen wir im Verlauf unserer Beratungen erzielen und zu welchen Verabredungen wir im Hinblick auf die verschiedenen Themenschwerpunkte gemeinsam kommen werden.

Der morgige nationale Gedenktag, meine sehr geehrten Damen und Herren, wirft seine Schatten voraus, denn auch hier im Haus finden bereits die Vorbereitungen statt für die Informationsveranstaltung, die sich morgen an diesem Ort anschließt an

die Gedenkfeier im Landtag von Baden-Württemberg aus Anlass des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die sowjetische Armee.

Auschwitz steht symbolisch für den gesamten Massenmord der Nazis an den europäischen Juden. Der Befreiungstag, der 27. Januar wurde 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus proklamiert als ein Tag des Nach-Denkens. Denn, wie Roman Herzog damals bei seiner Rede im Deutschen Bundestag sagte, darf das Nachdenken nie aufhören, weil es ohne Erinnerung weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft gebe. Und die Verwirklichung dieser Lehren liefe immer wieder auf dasselbe hinaus: „ Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Würde des Menschen“ .

Wie sehr diese lebenswichtigen Güter, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in der geschichtlichen Gegenwart und jüngsten Vergangenheit weltweit bedroht sind, und wie vielfältig wir heute Anlass zum Nachdenken haben, liegt offen zutage. Es reicht, sich ein paar der Schauplätze von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Krieg, Gewalt und Schreckensherrschaft rund um den Erdball ins Bewusstsein zu rufen, um das ganze Ausmaß des Unheils und Unfriedens unserer Tage in seiner barbarischen Grausamkeit zumindest zu erahnen. Unsere individuelle und kollektive Verantwortung – das ist wohl die Quintessenz aus den Lehren der Vergangenheit – muss darin bestehen, der Gefahr der Wiederholung solcher humanitärer Katastrophen weltweit entgegenzuwirken.

Für uns in Deutschland ist es mittlerweile selbstverständlich, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Nach fast 70 Jahren des Bestehens des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland haben wir uns daran gewöhnt, dass unsere Würde und unsere Freiheitsrechte durch staatliche Gesetze geschützt sind. In vielen Ländern unserer „ Einen Welt“ wird jedoch die Menschenwürde mit Füßen getreten. Daher müssen wir dem Artikel 1 des Grundgesetzes eigentlich den Satz hinzufügen: *Das Recht auf ein menschenwürdiges Leben ist unteilbar*, denn die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist ein Widerspruch in sich, wenn sie für einen Teil der Menschheit gilt, für einen anderen hingegen nicht.

Ganz besondere Verantwortung wächst uns meines Erachtens da zu, wo Deutschland, bzw. die Regierung der Bundesrepublik Deutschland indirekt eine Mitschuld trifft an Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Am 27.12.2014 musste ich in der Süddeutschen Zeitung lesen, dass Aktivisten und Angehörige der 43 „ verschwun-

denen“ Studenten in Mexiko, die vermutlich im September 2014 von Polizisten an die Drogenmafia ausgeliefert und erschossen wurden, vor der deutschen Botschaft in Mexiko-Stadt protestierten: „ Eure Waffen haben meine Brüder getötet“ , stand auf den Transparenten der Mahnwachen. Und der Sprecher der betroffenen Familien, Felipe de la Cruz, forderte „ die deutsche Regierung dazu auf, keine Waffen mehr an den mexikanischen Staat zu verkaufen“ . Die schwäbische Rüstungsfirma Heckler und Koch hat offenbar jahrelang gute Geschäfte gemacht mit dem Export von G36-Gewehren an Mexiko, ohne dass im Geringsten kontrolliert werden konnte, in welche Hände sie geraten würden. Verlustlisten des mexikanischen Verteidigungsministeriums führen auch deutsche Waffen auf. Und G36-Gewehre wurden auch bei den Polizisten beschlagnahmt, die beschuldigt werden, die Studenten entführt zu haben.

In ähnlicher Weise berichtete das ARD-Magazin „ Monitor“ in seiner Ausgabe vom 15.1.2015 über den Nordirak, dass die Bundeswehr dort nicht wisse, an welche Einheiten der kurdischen Peschmerga-Milizen die von Deutschland gelieferten Waffen gehen. Der Sprecher der Bundeswehr vor Ort, Oberstleutnant Torsten Stephan, räumte im Interview ein: "Wir können nicht verfolgen, wo die einzelnen Waffen hingehen. Wir haben keine Kenntnisse über die einzelnen Bataillone oder gar Kompanien, wo die Waffen sich befinden."

Wie in der Tagesschau vom selben Tag gemeldet wurde, legen Recherchen von Monitor im Nordirak zudem schwere Menschenrechtsverletzungen durch Peschmerga-Milizen und die kurdische Führung nahe. So hätten mehrere kurdische Regierungskritiker geschildert, wie sie vom Geheimdienst der Autonomieregierung oder Privatmilizen in Geheimgefängnisse gebracht und dort gefoltert worden seien. Die kurdische Autonomieregierung beschuldigten sie, solche Gefängnisse auch weiterhin zu unterhalten und sie befürchteten, dass die westlichen Waffen schon bald auch gegen sie gerichtet werden könnten.

Diese beiden Beispiele allein – und Herr Grebe von der GKKE wird unzählige hinzufügen können – zeigen, dass wir als Kirchen eine Kehrtwende bei den Rüstungsexporten Deutschlands erzwingen müssen, weil uns die Botschaft Jesu zwingt, uns konsequent auf die Seite der Unterdrückten, Gefolterten und Ermordeten zu stellen. Natürlich müssen wir für den Frieden beten, aber das allein kann nicht genügen. Wir müssen unseren Gebeten ein „ Gedenken an die Opfer deutscher Rüstungsexpor-

te“ hinzufügen, wie das früher viele Jahre am „ Tag der Menschenrechte“ , dem 10. Dezember eines jeden Jahres getan wurde. Wir müssen den Aufschrei endlich wahrnehmen und den skandalösen, gewalteskalierenden Handel mit Rüstungsgütern und v. a. auch mit Kleinwaffen von Deutschland aus und insbesondere in Länder, die als problematisch einzustufen sind, stoppen.

In jüngster Zeit häufen sich, wie wir es alle miterleben müssen, gewaltsame Auseinandersetzungen und kriegerische Konflikte weltweit, vor allem in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten: ohne jeden Zweifel befeuert von unkontrollierten weltumspannenden Rüstungsgeschäften. Aus vielen Krisenländern wird von Terrororganisationen, Rebellenmilizen, Warlords, Militärputschen und beinahe täglich von Attentaten, Anschlägen, Verschleppung, Vergewaltigung und anderen Übergriffen berichtet, deren Opfer zumeist die Zivilbevölkerung ist. Viele dieser Konflikte beruhen auf grenzüberschreitenden Verstrickungen, beziehen auch Nachbarstaaten der jeweiligen Konfliktländer mit ein. Nicht selten sind aber auch handfeste politische, wirtschaftliche oder ideologische Interessen aus dem amerikanischen, europäischen, ostasiatischen und arabischen Raum ursächlich mit beteiligt. In den meisten dieser Konflikte scheint schließlich auch der Religion, bzw. der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Religionsgemeinschaften eine schwerwiegende Bedeutung zuzukommen. Wenn Religion auch nicht allein als Ursache der Konflikte bezeichnet werden kann, so verlaufen sie doch häufig entlang der Linien unterschiedlicher Religions- oder Konfessionsgruppen.

Es ist vielerorts ein besonders todbringendes Gemisch aus Staatsversagen, Privatisierung von Gewalt, sich widerstreitenden machtpolitischen, wirtschaftlichen und religiösen Interessen, das unsere zeitgenössische Welt zu vergiften scheint. Und es erübrigt sich beinahe zu sagen, dass es angesichts der hohen Komplexität dieses Geflechts für eine Entwirrung und Auflösung keine einfachen und schnellen Rezepte zur Befriedung geben kann.

Als wir uns neulich genau hier im Haus mit Vertretern des Bischöflichen Hilfswerks Adveniat trafen, um die bundesweite Eröffnung der Jahresaktion 2015 am 1. Advent dieses Jahres hier in Stuttgart vorzubereiten, ist mir etwas aufgefallen. Als Motto für die Jahresaktion hat das bischöfliche Hilfswerk nämlich ein Wort des Propheten Jesaja gewählt: „ Das Werk der Gerechtigkeit ist der Friede“ (32,17). Und der innere Zusammenhang wird noch deutlicher, wenn man den Vers 17 zu Ende liest: „ ... der

Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer“ , heißt es da nämlich. Sofort fiel mir das berühmte Wort aus Ps 85 ein: „ Gerechtigkeit und Frieden küssen sich“ und was Augustinus in seinem Kommentar zu Psalm 85 geschrieben hat: „ Liebst du die Gerechtigkeit nicht, wirst du auch keinen Frieden haben, denn die beiden lieben und umfassen sich.“

Diese Erfahrung mussten auch viele Menschen in den Ländern Lateinamerikas machen, wo Gewalt in vielen Formen sehr präsent ist und Gewalterfahrungen oder Angst vor Gewalt leider weit verbreitet sind. „ Gerechtigkeit ist der neue Name für Frieden“ , befanden die katholischen Bischöfe Lateinamerikas darum schon 1968, eben unter Berufung auf Augustinus auf ihrer zweiten Generalversammlung in Medellin.

Der aus Lateinamerika stammende Papst Franziskus fand schon in seiner Enzyklika *Evangelii gaudium* noch stärkere Worte, indem er schrieb: „ Dieser Kapitalismus tötet“ . Damit hat er eine kontroverse Debatte ausgelöst. Ich denke, er hatte dabei aber wohl nicht die „ soziale Marktwirtschaft“ im Blick, sondern eher – um ein Schlagwort aufzugreifen - den „ Turbokapitalismus“ , also anglo-amerikanische Kapitalismuskonzeptionen, erweitert um Elemente der vormaligen Kommandowirtschaften Russlands und Chinas, d. h. gänzlich ohne soziale Bindungen und moralische Skrupel, wie man es eben auch aus Lateinamerika kennt. Deshalb schreibt der Papst in *Evangelii gaudium* auch weiter: „ Ich bete zum Herrn, dass er uns mehr Politiker schenke, denen die Gesellschaft, das Volk, das Leben der Armen wirklich am Herzen liegt!“

Als Reaktion wurde Papst Franziskus 2014 eingeladen, das Jahrestreffen der sich im Januar in Davos alljährlich versammelnden Top-Manager und Spitzenpolitiker aus aller Welt zu besuchen. Dazu kam es leider nicht, aber immerhin zum Verlesen einer Botschaft des Papstes an das Weltwirtschaftsforum, die der ghanaische Kurienkardinal Peter Turkson bei der Eröffnungsveranstaltung vortrug. Papst Franziskus forderte die Teilnehmer des Forums darin auf, sich für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands einzusetzen. Die Forumsteilnehmer hätten eine "klare Verantwortung gegenüber anderen, vor allem denjenigen, die am zerbrechlichsten, schwächsten und verwundbarsten sind".

In diesem Jahr hat die britische Entwicklungsorganisation Oxfam dieses Treffen der Reichen und Mächtigen in Davos vom 21. bis 24. Januar 2015 zum Anlass genom-

men, die Weltöffentlichkeit zu schockieren. Einer neuen Studie von Oxfam zufolge wird nämlich bereits im Jahr 2016 nur ein Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen besitzen, als der Rest der Welt zusammengenommen. Und eine weitergehende Berechnung von Oxfam offenbart, dass 80 der reichsten Menschen zwischen 2009 und 2014 ihr Vermögen verdoppelt haben und jetzt genauso viel besitzen wie die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung, das sind 3,5 Milliarden Menschen (!) zusammen. Auch regional sei der Reichtum ungleich verteilt. Fast ein Drittel der auf der Forbes-Liste aufgeführten 1.645 Milliardäre weltweit haben einen US-amerikanischen Pass oder leben in den Vereinigten Staaten. Diese neuesten Zahlen zum Thema soziale Ungleichheit und weltweite Ungerechtigkeit sind fast unvorstellbar und treten das christliche Menschenbild und die Grundsätze der katholischen Soziallehre mit Füßen.

Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit wird zwangsläufig eine immer größere Bedrohung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften, für ein friedliches Zusammenleben weltweit: Denn während einige wenige ‚Milliardenjongleure‘ förmlich im Geld schwimmen, wissen Hunderte von Millionen Menschen weltweit tagtäglich buchstäblich vor Hunger nicht in den Schlaf zu kommen. Wir müssen den Teufelskreis durchbrechen, Allianzen der Solidarität eingehen mit allen Menschen guten Willens und zu verhindern versuchen, dass die Lücke zwischen Arm und Reich weltweit immer weiter aufklafft, ja, wir müssen sie schließen helfen! Ich denke, wir müssen mittlerweile nicht nur über Armutsbekämpfung, sondern auch über Reichtumsbekämpfung nachdenken!

Ich möchte abschließend zurückkommen auf das, was uns morgen beschäftigen wird, nämlich das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, indem ich eines der Opfer zitiere. Schon im Gefängnis schrieb der später von den Nazis hingerichtete Jesuitenpater Alfred Delp zur Zukunft der Kirchen: „ Es wird kein Mensch an die Botschaft vom Heil und Heiland glauben, solange wir uns nicht blutig geschunden haben im Dienst der physisch, psychisch, sozial, wirtschaftlich, sittlich oder sonst wie kranken Menschen.“

Ich hoffe, dass wir uns nicht nur heute, aber heute bei unserem ökumenischen Strategietag zum Beitrag der Kirchen für die Entwicklungszusammenarbeit ganz besonders gegenseitig unterstützen, mit dem Christsein Ernst zu machen.

Domkapitular Msgr. Dr. Heinz Detlef Stäps, Rottenburg am Neckar